

SPD 60plus Brandenburg begrüßt die Initiative der Landesregierung, gemeinsam mit anderen Bundesländern die Deckelung der hohen Überziehungszinsen auf Girokonten zu erreichen. Die von den Verbraucherschutzministern der Bundesländer am 7. Mai beschlossene Empfehlung an die Bundesregierung sieht vor, dass die Zinshöhe auf Grundlage eines Referenzzinssatzes festgelegt werden soll. Es wird angestrebt, dieses Verfahren gesetzlich zu regeln. SPD 60plus Brandenburg hofft, dass dieses Vorhaben möglichst schnell realisiert wird.

Der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus hatte sich im November letzten Jahres dem Antrag der AG SPD 60plus Emden angeschlossen, dass der Dispo- und Überziehungzinssatz nicht höher als 4 Prozent über dem Leitzins der EZB liegen dürfe.

„Damit setzen wir ein Zeichen für die Menschen, die sich kurzfristig, oft unverschuldet, in finanziellen Schwierigkeiten befinden“, erklärte seinerzeit Lothar Binding, der Bundesvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft. „Niemand überzieht gerne sein Konto. Wir wollen sicherstellen, dass diese Menschen nicht noch Angst vor viel zu hohen Zinsen haben müssen, wenn das Geld gerade mal nicht zum Leben reicht.“